



BERLINER BRIEF

19. Wahlperiode

Ausgabe 8 - 2018

Liebe Unionsfreundinnen und Unionsfreunde,
der November im Parlament hatte es in sich: Meine Kollegen und ich haben nicht nur über das Rentenpaket und das Familienentlastungsgesetz diskutiert, sondern auch das Pflegepersonalstärkungsgesetz beschlossen. Nach einer Woche intensiver Beratungen im Plenum wurde auch der Bundeshaushalt für 2019 auf den Weg gebracht. Was der Plan im Einzelnen vorsieht, erfahren Sie auf Seite 3 dieser Ausgabe.

Seit Tagen beschäftigen uns die drei Kandidaten für den CDU-Parteivorsitz. Die Vorstellungstouren von Friedrich Merz, Annegret Kramp-Karrenbauer und Jens Spahn durch die Bundesrepublik sind noch nicht beendet. Bis zum Bundesparteitag am 7. und 8. Dezember in Hamburg werde auch ich meine Wahl treffen müssen.

Als einer von fünf Bundestagsabgeordneten der CDU/CSU-Fraktion habe ich dem UN-Migrationspakt nicht zugestimmt. Illegale Migration ist ein Problem, das wir nicht allein, sondern nur in der Gemeinschaft mit anderen Ländern lösen können. Meine Bedenken hinsichtlich der rechtlichen Auswirkungen gegen den Pakt, kann ein Entschließungsantrag für mich nicht ausräumen. Meine entsprechende Erklärung nach § 31 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages werde ich demnächst bekannt geben.
Herzliche Grüße und einen schönen ersten Advent,
Ihr Torsten Schweiger

Haushalt 2019

Zukunftstest und verantwortungsvoll



356,8 Mrd. Euro
jeder 2. € für soziale Leistungen

Fokus auf Familienpolitik



von **Baukindergeld bis Unterhaltsvorschuss**

Rekord

23,7 Mrd. Euro
für **Bildung und Forschung**



Innere Sicherheit

rund **5,42** Mrd. Euro
Bundespolizei und BKA profitieren



© Bundesregierung

Mit dem Bundeshaushalt 2019 werden drei Ziele gleichzeitig erreicht: ohne neue Schulden auszukommen, die öffentlichen Investitionen deutlich zu erhöhen - und eine kluge Vorsorge in Haushalt und Finanzplanung zu treffen. Den Schwerpunkt bei den Investitionsausgaben bildet im kommenden Jahr die Digitalisierung.



Foto: Picture Alliance - Eibner Pressefoto

DER NOVEMBER IM PARLAMENT

Gesetz über Leistungsverbesserungen und Stabilisierung in der gesetzlichen Rentenversicherung

Unser „**Rentenpaket**“ bündelt eine ganze Reihe von Verbesserungen für Rentner. So erhöhen wir etwa die Mütterrente um einen halben Rentenpunkt für Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren worden sind. Wir schaffen Verbesserungen für krankheitsbedingte Frührentner und führen eine doppelte Haltelinie für Rentenniveau und Beitragssatz ein. Nicht zuletzt werden Geringverdiener bei den Sozialabgaben ohne Einbußen beim Rentenanspruch entlastet, indem wir die Grenze für ermäßigte Sozialversicherungsbeiträge auf 1.300 Euro Monatseinkommen anheben. Die Leistungen sollen zum 1. Januar 2019 in Kraft treten.

Entlastung für Familien

Mit dem **Familienentlastungsgesetz** wird die im Koalitionsvertrag vereinbarte Erhöhung des Kindergeldes sowie des Kinderfreibetrags umgesetzt. Ab dem 1. Juli 2019 soll das Kindergeld pro Kind um 10 Euro pro Monat steigen. Im zweiten Schritt erfolgt eine Erhöhung des steuerlichen Kinderfreibetrags und des Grundfreibetrags um jeweils bis zu 400 Euro. Insgesamt sieht der Gesetzentwurf eine steuerliche Entlastung von Familien in Höhe von rund 9,8 Milliarden Euro vor.

Asylgesetz: Erweiterte Mitwirkungspflichten für Schutzberechtigte

Schutzberechtigte sollen künftig auch in Widerrufs- und Rücknahmeverfahren zur Mitwirkung verpflichtet werden. Der Gesetzentwurf setzt eine Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag um. Spätestens nach drei Jahren müssen die im **Asylverfahren** getroffenen Entscheidungen überprüft werden. Ergibt diese Prüfung, dass die Voraussetzungen für die Anerkennung als Asylberechtigter oder die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft nicht oder nicht mehr vorliegen, muss diese unverzüglich widerrufen beziehungsweise zurückgenommen werden. An genau dieser Stelle kommt die neue Mitwirkungspflicht zum Tragen. Sie umfasst beispielsweise die Vorlage des Passes/Passersatzes, aller erforderlichen Urkunden/Unterlagen sowie von Angaben gegenüber Behörden. Für das BAMF ergeben sich durch die neue **Mitwirkungspflicht** der Betroffenen Vorteile bei der Prüfung von Asylbescheiden. Dem BAMF liegen hierdurch künftig mehr Informationen vor, sodass die Prüfung umfassender und effektiver erfolgen kann.

Sofortprogramm Pflege (Pflegepersonalstärkungsgesetz)

Am 9. November wurde über den Gesetzentwurf zur Stärkung des Pflegepersonals abgestimmt. Durch eine **bessere Personalausstattung** und **bessere Arbeitsbedingungen** soll sich nicht nur der Alltag der Kranken- und Altenpfleger, sondern auch die Betreuung der Patienten und Pflegebedürftigen deutlich verbessern. Bis zu 13.000 neue Stellen in der Pflege sollen ab 2019 geschaffen werden. Um die Personalausstattung in der Pflege im Krankenhaus zu verbessern, wird zukünftig jede zusätzliche und jede aufgestockte Pflegestelle am Bett vollständig von den Kostenträgern refinanziert. Auch Tarifsteigerungen für Pflegekräfte werden durch das neue Gesetz vollständig von den Kostenträgern refinanziert. Zusätzlich werden die **Ausbildungsvergütungen** von Auszubildenden in der Kinderkrankenpflege, der Krankenpflege und in der Krankenpflegehilfe im ersten Ausbildungsjahr ab 2019 vollständig und nicht mehr nur anteilig von den Kostenträgern refinanziert. Auch die vollstationäre **Altenpflegeeinrichtungen** in Deutschland profitieren vom Pflegepersonalstärkungsgesetz. Einrichtungen bis zu 40 Bewohnern erhalten eine halbe Pflegestelle, Einrichtungen mit 41 bis 80 Bewohnern eine Pflegestelle, Einrichtungen mit 81 bis 120 Bewohnern eineinhalb und Einrichtungen mit mehr als 120 Bewohnern zwei Pflegestellen zusätzlich.

Organspende-Debatte

Soll künftig jeder als **Organspender** gelten, der dem nicht ausdrücklich widerspricht? Im Bundestag haben wir darüber erstmals in einer Orientierungsdebatte diskutiert und auch Bedenken geäußert. Dabei ging es zunächst um die Frage, wie sich die niedrige Zahl der Organspenden in unserem Land erhöhen lässt. Und ob es nicht hilfreich wäre, künftig einfach jeden Bürger zum Organspender zu erklären, der dem nicht ausdrücklich widersprochen hat. Gesundheitsminister Jens Spahn hielt fest: Eine Organabgabepflicht werde es nicht geben. Obwohl das Thema schon jetzt auf der Tagungsordnung stand, liegen noch keine Gesetzentwürfe oder Gruppenanträge offiziell vor. Eine **Entscheidung** in der Sache wird **Mitte 2019** erwartet.

BUNDESHAUSHALT 2019 STEHT

Der Bundestag hat über den Bundeshaushalt 2019 beraten. Darin vorgesehen sind Ausgaben von insgesamt **356,8 Mrd. Euro**. Das sind 12,8 Mrd. Euro Mehrausgaben als im laufenden Jahr 2018. Und dennoch steht die schwarze Null weiterhin stabil - auch das Haushaltsjahr 2019 kommt ohne neue Schulden aus.

„Der Bundeshaushalt 2019 bedeutet einen weiteren Schritt zur Stärkung unseres Landes. Wir investieren in zentrale Zukunftsbereiche wie Verkehrsinfrastruktur, Digitalisierung und Künstliche Intelligenz“, fasste Fraktionschef Ralph Brinkhaus die Lage zusammen. Investiert wird unter anderem stark in **Kinder, Jugendliche und Familien**. So werden Familien durch einen steigenden Grundfreibetrag und das erhöhte Kindergeld ab 2019 finanziell entlastet.

Mit einem **Anstieg der Investitionen** von 143 Millionen Euro auf nun 10,45 Milliarden Euro setzt die Union in der Familienpolitik deutliche Akzente. Auch beim Ehrenamt haben sich CDU und CSU dafür stark gemacht, die Versprechen im Koalitionsvertrag umzusetzen. So werden die **Freiwilligendienste** umfassend gestärkt. Dazu sollen insgesamt 65 Millionen Euro für mehr Plätze sowohl im Freiwilligen Sozialen Jahr und Freiwilligen Ökologischen Jahr als auch im Bundesfreiwilligendienst zur Verfügung gestellt werden. Von den 65 Millionen Euro werden ebenso die Zuschüsse für die pädagogische Begleitung in den Freiwilligendiensten erhöht.

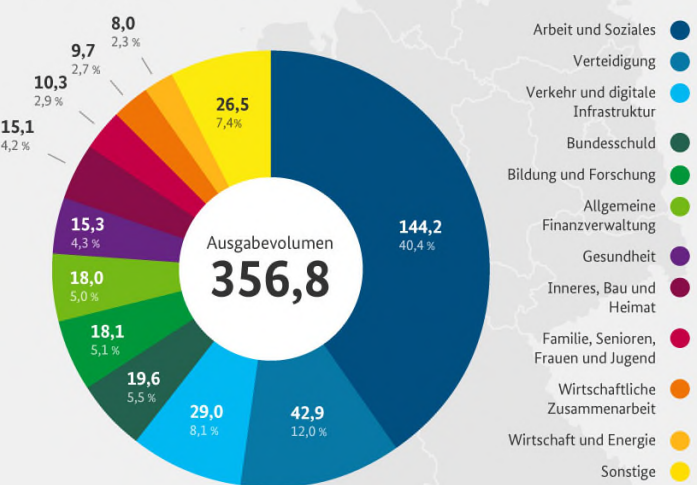
Auch in die **innere Sicherheit** investiert der Bund 2019 mehr Geld als bislang. So wird allein der Verteidigungsetat um weitere 350 Millionen Euro aufgestockt. Insgesamt 3.120 zusätzliche Stellen entstehen 2019 bei den Sicherheitsbehörden. Davon allein 2.100 bei der Bundespolizei. Auch bei dem **"Pakt für den Rechtsstaat"** geht es voran: 24 Stellen entstehen für den Bundesgerichtshof, 37 Stellen für den Generalbundesanwalt. Zusätzlich werden 64 Millionen Euro für geschützte Fahrzeuge der Bereitschaftspolizeien der Länder und 100 Millionen Euro zusätzlich für Fahrzeuge der freiwilligen Feuerwehren für den zivilen Katastrophenschutz bereitgestellt.

Auch das **KfW-Programm „Kriminalprävention durch Einbruchsicherung“** wird ebenfalls mit Fördermitteln von insgesamt 80 Millionen Euro fortgesetzt.

Für den Bundeshaushalt 2019 haben insgesamt 366 Abgeordnete mit Ja und 284 Abgeordnete mit Nein gestimmt. Es gab keine Enthaltungen.

Bundeshaushalt 2019 - Ausgaben im Überblick

Regierungsentwurf, in Mrd. Euro



© Bundesministerium der Finanzen

Differenzen durch Rundung möglich



#Bundeshaushalt #SozialerHaushalt

Anhebung **Kindergeld, Kinderfreibetrag** und **Grundfreibetrag**

Rund **1,4 Mrd. Euro** mehr für **Kinderzuschlag**

für 2019 bis 2022 gegenüber bisherigem Finanzplan

Abbau der **Kalten Progression**

Rund **1,2 Mrd. Euro** jährlich mehr für die **Arbeitsmarktpolitik**

0,9 Mrd. Euro für die **Qualifizierung, Vermittlung** und **Reintegration**

von Langzeitarbeitslosen

bmf.bund.de



Abstimmung zum Bundeshaushalt 2019. Foto: dpa/Michael Kappeler

28. LANDESPARTEITAG DER CDU SACHSEN-ANHALT IN RÖBLINGEN AM SEE



221 Delegierte der CDU Sachsen-Anhalt kamen am 17. November 2018 zum 28. Landesparteitag in der Festscheune in Röblingen am See zusammen. Wichtigster Tagesordnungspunkt war die Neuwahl des Landesvorsitzenden und seiner Stellvertreter.

Mit einem Ergebnis von 84,5 Prozent der Stimmen wurde **Innenminister Holger Stahlknecht MdL** zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Er hatte die Partei zuvor auf die Kommunal- und Europawahl im Mai 2019 eingestimmt. Stahlknecht übernimmt das Amt des Landesvorsitzenden von **Verkehrsminister Thomas Webel MdL**, der nicht erneut kandidiert hatte und 14 Jahre an der Spitze der Landes-CDU stand. Der neue Landesvorsitzende betonte, dass es „mit ihm ein klares Bekenntnis zu einem starken Staat geben“ werde. Eine Koalition mit der AfD schloss er aus. Zu stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt wurden die Vorsitzende der Landesgruppe im Deutschen Bundestag **Heike Brehmer MdB**, Bildungsminister **Marco Tullner MdL** und Finanzminister **André Schröder MdL**. Der Europaabgeordnete **Sven Schulze MdEP** wurde in seinem Amt als Generalsekretär bestätigt; ebenso der Mitgliederbeauftragte Mario Karschunke. Gewählt wurden auch die Delegierten zum Parteitag der CDU Deutschlands und die Delegierten zum Bundesausschuss der CDU Deutschlands.

AUF EIN BIER MIT SCHWEIGER

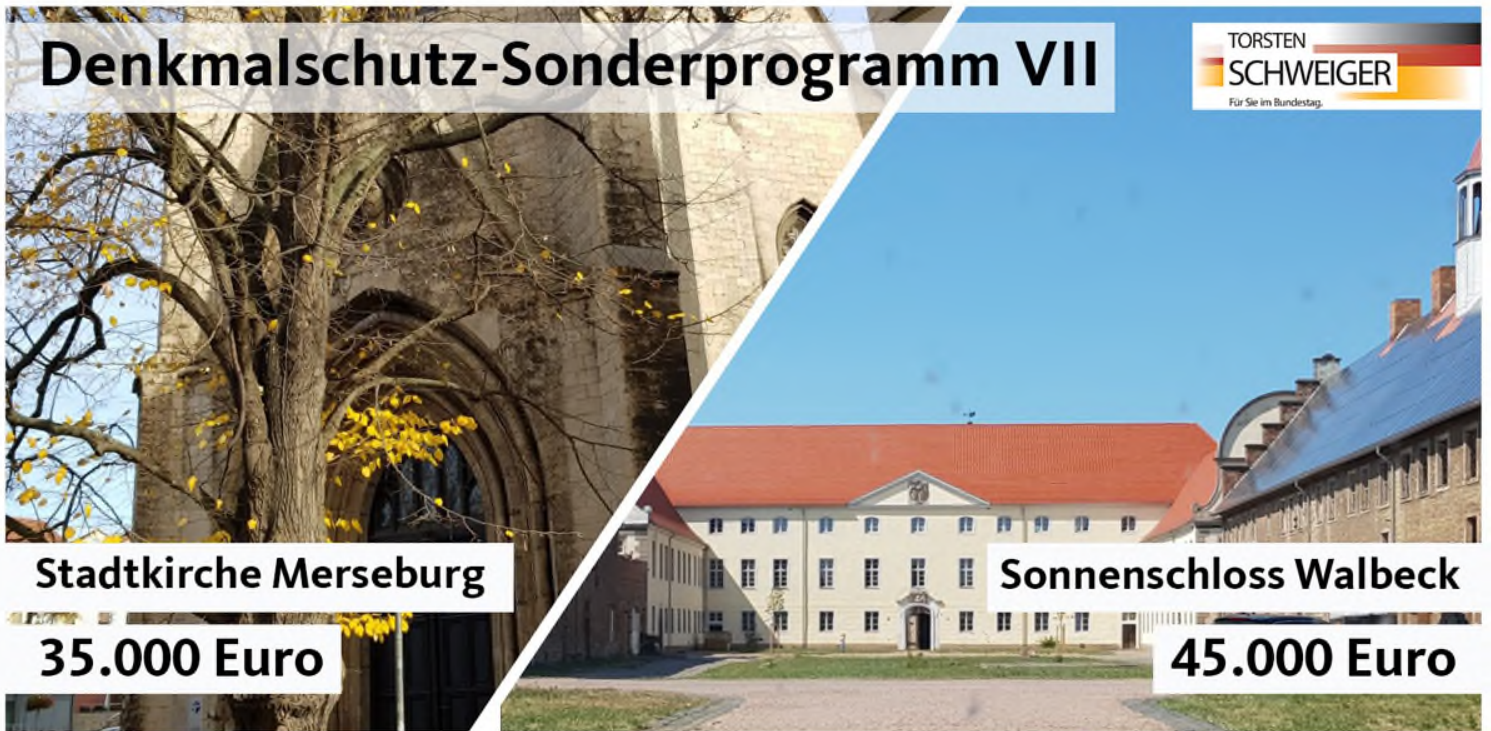
Bei den großen Themen in Berlin sollte man nicht die Bedürfnisse der Menschen im Wahlkreis aus den Augen verlieren. Politiker tun deshalb gut daran, sich kontinuierlich zu erden. Um die Themen, Bedenken und Ängste der Bürgerinnen und Bürger aufzunehmen und bei der Entscheidungsfindung berücksichtigen zu können sowie aber auch andere Sichtweisen und politische Überzeugung zu verdeutlichen, müssen wir miteinander reden.

In lockerer Atmosphäre hatte ich vor dem Landesparteitag im November in den **Ratskeller Gerbstedt** geladen. Schnell kam ich mit **Bürgermeister Siegfried Schwarz**, interessierten Gemeinderatsmitgliedern und Bürger und Bürgerinnen ins Gespräch. Wie diskutierten u.a. über Diesel, Migration und die Kommunalfinzen. Die Anregungen meiner Gäste, wie wir den ländlichen Raum attraktiv halten können, nehme ich gern mit nach Berlin.

„Auf ein Bier mit Schweiger“ wird es wieder geben.

Haben Sie Gesprächsbedarf und in Ihrem Ort die passende Gastwirtschaft? Für eine Terminabsprache kontaktieren Sie bitte meine Mitarbeiter in den Wahlkreisbüros Sangerhausen, Eisleben und Merseburg.





Denkmalschutz-Sonderprogramm VII

TORSTEN
SCHWEIGER
Für Sie im Bundestag.

Stadtkirche Merseburg

35.000 Euro

Sonnenschloss Walbeck

45.000 Euro

Gute Nachrichten aus Berlin - Fördergelder für die Region

Mit großer Freude habe ich von der Bewilligung von Bundesmitteln in Höhe von 35.000 Euro für die Merseburger **Stadtkirche St. Maximi** und 45.000 Euro für das **Sonnenschloss Walbeck** erfahren. Ich freue mich sehr, dass mit den bewilligten Bundesmitteln weitere Sanierungsmaßnahmen an beiden Gebäuden umgesetzt werden können. Fantastisch ist außerdem, dass auch das Festspiel der Deutschen Sprache im Goethe theater in **Bad Lauchstädt** aus dem Kulturhaushalt des Bundes insgesamt 600.000 Euro erhalten wird. In diesem Fall verteilt sich die Förderung auf den Zeitraum von 2019 bis 2022 mit jeweils 150.000 Euro jährlich.

Förderprogramme des Bundes für Kommunen

Über die sogenannte **Kommunalrichtlinie** fördert der Bund bereits den Klimaschutz in Städten, Gemeinden und Landkreisen. Ab dem 1. Januar 2019 werden Kommunen in Deutschland von **weiteren Fördergegenständen** profitieren können. Die „Kommunalrichtlinie“ fördert unter anderem hocheffiziente Außen- und Straßen-, Innen- und Hallenbeleuchtung, den Neubau von Radwegen, die Errichtung von Diebstahl- und witterungsgeschützten Fahrradparkhäusern und Abstellplätzen, Maßnahmen zur Einführung von „grünen Wellen“ für den Fahrrad- und Fußverkehr an Ampeln, die Sammlung von Garten- und Grünabfällen aus dem privaten, kommunalen und gewerblichen Bereich und vieles mehr. Ich empfehle Kommunen, die ihren Energieverbrauch besser erfassen, steuern und reduzieren wollen, ab dem 1. Januar 2019 von der Förderung der Beratung zur Einführung von Energiemanagement-Systemen Gebrauch zu machen. Anträge können **ab dem 1. Januar 2019 bis zum 31. März 2019** beim Projektträger Jülich unter <https://www.ptj.de/> eingereicht werden. Ein weiteres Zeitfenster für die Antragstellung in 2019 ist vom 1. Juli bis zum 30. September geplant.

Das **Förderprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen“** wurde im Bundeshaushalt 2019 mit weiteren 100 Millionen Euro ausgestattet. Einige Kommunen meines Wahlkreises haben sich bereits am ersten Förderaufruf im August 2018 beteiligt und ihre Förderanträge eingereicht. Die Frist für die Einreichung von Projektskizzen wurde nun um das **Zeitfenster 23.11.2018 bis 19.12.2018** erweitert. Kommunen, die bereits eine Projektskizze eingereicht haben, müssen sich nicht erneut bewerben, da die Anträge vom August 2018 weiterhin gelten. Dennoch können die Kommunen, die über weitere geeignete Projekte verfügen, dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) bis zum 19.12.2018 entsprechende Projektskizzen unterbreiten. Nähere Informationen zum Projektauftrag und dem Anmeldeverfahren finden Sie auf der Internetseite des BMI zum Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen“: www.sport-jugend-kultur.de Für die Antragstellung wünsche ich allen teilnehmenden Städten und Gemeinden meines Wahlkreises wertvolle Ideen, ausreichend Bearbeitungszeit und gutes Gelingen.

Europäischer Schülerwettbewerb

Das Motto des 66. Europäischen Wettbewerbs lautet „YOUrope – es geht um dich!“

Der älteste Schülerwettbewerb in Deutschland will dazu beitragen, dass Kritiker wie Befürworter des europäischen Projektes zu Wort kommen. Insgesamt 13 Aufgabenstellungen bieten vielfältige Anregungen und ermutigen zur Teilnahme für **Kinder und Jugendliche in 4 Altersgruppen** (bis 9 Jahre, 10 bis 13, 14 bis 16 und 17 bis 21 Jahre).

Ich freue mich sehr, dass im Gegensatz zu vielen anderen Leistungswettbewerben am Europäischen Wettbewerb alle Schulformen und Altersstufen teilnehmen dürfen und wünsche mir, dass sich viele Schülerinnen und Schüler meines Wahlkreises an diesem Wettbewerb beteiligen. Die Umsetzung der Aufgabenstellungen steht den Teilnehmenden frei: Ob Bild, Collage oder Text, selbst komponierte Musik, Comic oder Bildgeschichte, Video, Theaterstück oder vieles mehr – der Fantasie sind keine Grenzen gesetzt.

Das Einreichen des Wettbewerbsbeitrags erfolgt online über eine deutsche Schule. **Einsendeschluss ist der 3. März 2019.**

Weiterführende Informationen unter:

<https://www.kmk-pad.org/index.php?id=807>



So erreichen Sie mich ...

Abgeordnetenbüro Berlin

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Telefon: 030 227-77066 Telefax: 030 227-70069

E-Mail: torsten.schweiger@bundestag.de

Ansprechpartnerin: Andrea Haese

Wahlkreisbüro Sangerhausen

Schlossgasse 3 • 06526 Sangerhausen

Telefon: 03464 279930 • Telefax: 03464 279931

E-Mail: torsten.schweiger.wk01@bundestag.de

Ansprechpartnerin: Nadine Pein

TERMINE / ANKÜNDIGUNGEN

01.12.2018 - Mitgliedervollversammlung der CDU Saalekreis, im Ständehaus Merseburg

01.12.2018 - Adventsglühen der FFW Langenbogen

02.12.2018 - 19. Sportgala des Kreis- und Sportbundes im Saalekreis, Rischmühlenhalle Merseburg

03.12.2018 - Ratsstammtisch zum Industriepark, im Ratskeller Sangerhausen

04.12.2018 - Bürgersprechstunde im Wahlkreisbüro Merseburg von 13 bis 15 Uhr

06.12. bis 08.12.2018 - CDU-Bundesparteitag und Wahl der/des Bundesparteivorsitzenden der CDU in Hamburg

09.12.2018 - Merseburger Kellerweihnacht

13. bis 14.12.2018 - 2tägige Bundespresseamtsfahrt von 50 politisch interessierten Bürgerinnen und Bürgern meines Wahlkreises nach Berlin

18.12.2018 - Angehörigenversammlung des DRK zur Pflegeentgelterhöhung, im Seniorenheim Hohlstedt

Parlamentarische Sitzungswoche in Berlin

10. bis 14. Dezember 2018

Folgen Sie mir auf meiner Internetseite unter

www.cdu-schweiger.de,

bei Twitter und

bei Facebook!



Wahlkreisbüro Merseburg

Burgstraße 6 • 06217 Merseburg

Telefon: 03461-2897337

E-Mail: torsten.schweiger.wk03@bundestag.de

Ansprechpartnerin: Heike Roßner

Wahlkreisbüro Lutherstadt Eisleben

Markt 14 • 06295 Lutherstadt Eisleben

Telefon: 03475-7149650

E-Mail: torsten.schweiger.wk02@bundestag.de

Ansprechpartner: Matthias Redlich